

MALI, MEDIEN, ISLAMISTEN

Frankreich hat militärische Truppen geschickt, um dem malischen Staat gegen die Islamisten zu helfen. Die Lage im Land scheint auf den ersten Blick eindeutig. Doch Mali-Experten kritisieren die undifferenzierte Darstellung in den Medien.

Bild – C. Wiffler



Georg Klute

Der Ethnologe an der Universität Bayreuth erforscht das Verhältnis zwischen Tuareg und Staat.

„Krieg wird verherrlicht“

Wir haben hier, was wir seit Jahren an der Kriegsberichterstattung kritisieren: die Verherrlichung des Kriegs. Es stößt mir auf, dass man die starken, jungen Männer, ihre wunderbare Kriegstechnik und ihre glänzenden Waffen zeigt, während die andere Seite – *die* Islamisten – entmenschlicht wird.

Ich fürchte, dass es im Süden des Landes Gruppen gibt, die jetzt die Chance nutzen, sich an Gruppen des Nordens zu rächen, etwa an den Tuareg. Und ich befürchte, dass es kaum Debatten über reale demokratische Mitbestimmung und die Einigung mit dem Norden geben wird. Neben Wahlen sollten auch in regionalen Konferenzen Vertreter der Zivilbevölkerung, der Politik, der Stämme, des Militärs diskutieren, wie sie ihr Land in Zukunft organisieren wollen.

Bild – Annette Daugardt



Charlotte Wiedemann

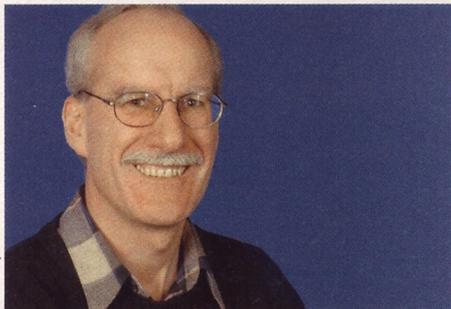
Die freie Journalistin war zuletzt im November 2012 für Recherchen in Mali.

„Es mangelt an Landeskenntnis“

Unser Bild vom Verlauf der Intervention beruht bis heute weitgehend auf französischer Propaganda. Daran haben die Hundertschaften von Reportern vor Ort nichts geändert. Erstens weil sie vom realen Geschehen ferngehalten wurden. Zweitens mangelte es den meisten völlig an Landeskenntnis.

Unter französischer Vorherrschaft und mit Hilfgeldern droht eine Restauration der Macht der alten politischen Klasse und ihres korrupten Systems. Genau diese Art von Fassaden-Demokratie war die Quelle der malischen Krise. Leider haben viele Journalisten dazu beigetragen, Mali als ein Land zu sehen, das sich nicht selbst helfen kann. Eine tatsächliche afrikanische Demokratie hat wenige Bündnispartner.

Bild – privat



Hans-Georg Ehrhart

Er analysiert am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die europäische Sicherheitspolitik.

„Die Perspektive ist zu eng“

Die Medienberichte sind stark auf die militärische Perspektive verengt. Langfristig lösen kann man Konflikte aber nur durch politische Verhandlungen. Auch die Interessen der Gruppen im Norden von Mali sind bisher mangelhaft analysiert. Nur wenn man sie kennt, kann man den Konflikt politisch lösen. Drittens wird die desolante Lage der Regierung im Süden vernachlässigt. Kaum einer fragt, wieso ein Großteil der Bevölkerung die Putschisten gegen diese Regierung unterstützt hat.

Die größte Gefahr für Mali ist, dass der Prozess der politischen Transformation des Landes nicht gelingt. Sowohl die Kritiker der alten politischen Klasse als auch die Akteure aus dem Norden müssen einbezogen werden. Mali droht sonst, zu einem Dauerkonfliktherd zu werden.